

Kleine Anfrage**des Abg. Daniel Born fraktionslos****Schwimmbad-Strategie für Baden-Württemberg**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Situation der Schwimmbadinfrastruktur in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund zunehmender Schließungen kommunaler Bäder, steigender Betriebskosten und der von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) beschriebenen wachsenden Defizite bei Schwimm möglichkeiten für Kinder und Jugendliche?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, wie viele kommunale Schwimmbäder in den vergangenen fünf Jahren geschlossen wurden oder in den kommenden Jahren von einer Schließung bedroht sind (bitte nach Landkreisen aufzulüseln)?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Sicherung wohnortnaher Schwimmangebote eine wesentliche Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge ist, die allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig vom Wohnort zugänglich sein muss und dass fehlende Erreichbarkeit insbesondere im ländlichen Raum die soziale Teilhabe sowie die Schwimmausbildung von Kindern und Jugendlichen erheblich einschränkt?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Sicherung schulortnaher Schwimmangebote eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge darstellt, insbesondere mit dem Hinblick auf die Vorgaben des Bildungsplans, wonach alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von Wohnort oder regionaler Bäderinfrastruktur, flächendeckend und dauerhaft die Möglichkeit zum Schwimmunterricht erhalten sollen, um Defizite in der Schwimmausbildung zu vermeiden?
5. Plant die Landesregierung vor diesen Hintergründen die Entwicklung einer landesweiten Schwimmbad-Strategie, die Aspekte der sozialen Teilhabe, Wirtschaftlichkeit, Energieeffizienz, kommunalen Finanzlage und regionalen Erreichbarkeit integriert – und wenn ja, bis wann ist mit einem Konzept oder einem Pilotprojekt zu rechnen?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um interkommunale Kooperationen oder öffentlich-private Betreibermodelle gezielt zu fördern, damit Schwimmbäder auch in ländlichen Räumen erhalten bleiben, effizient betrieben und für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar bleiben können?
7. Ist der Landesregierung die repräsentative Befragung zur Schwimmfähigkeit der Bevölkerung aus dem Jahr 2022 bekannt, die die forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Auftrag der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft durchgeführt hat?
8. Falls Frage 7 bejaht wird – welche Schlüsse zieht sie aus der darin gewonnenen Erkenntnis, dass die Hälfte der Kinder auch nach der Grundschule noch nicht sicher schwimmen kann und welche Verantwortung leitet sie daraus für das Land Baden-Württemberg hinsichtlich Bildungs-, Sozial- und Infrastrukturpolitik im Hinblick auf die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen ab?

Begründung

In Baden-Württemberg sind zunehmend Kommunen von der Schließung ihrer Schwimmbäder betroffen. Ursachen hierfür sind unter anderem steigende Energie- und Personalkosten, Sanierungsstaus sowie begrenzte kommunale Haushaltssmittel. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Kinder ab, die über sichere Schwimmfähigkeiten verfügen, was Auswirkungen auf Bildungsgerechtigkeit, Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe haben kann. Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) weist darauf hin, dass bestehende Förderprogramme zwar unterstützend wirken, jedoch häufig nur punktuell eingesetzt werden und keine dauerhafte Planungsgrundlage bieten. Der Landesverband betont, dass eine flächendeckende, wohnortnahe Schwimmbadinfrastruktur eine zentrale Voraussetzung für Schwimmausbildung und Sicherheit darstellt. Fördermaßnahmen sollten daher so ausgestaltet sein, dass sie den strukturellen Erhalt der Bäderlandschaft sichern und nicht nur einzelne Projekte fördern. Vor diesem Hintergrund erscheint es erforderlich, dass das Land eine landesweite Schwimmbad-Strategie entwickelt, die über kurzfristige Fördertöpfe hinausgeht und soziale, bildungspolitische sowie wirtschaftliche Aspekte miteinander verknüpft. Ziel dieser Strategie sollte sein, die Schwimmbadinfrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge langfristig zu sichern und allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.